

Harburg

Nachrichten Sport

VERKEHRSPROJEKT

05.02.18

Rübker hoffen auf ihre Ortsumgehung

Bianca Wilkens



Foto: Walter Marsand / HA

Niedersachsen will das Verkehrsprojekt vorantreiben. Eine Machbarkeitsstudie ist in Planung.

Rübke. Je näher die Fertigstellung der A 26 bis zur Anschlussstelle Neu Wulmstorf rückt, desto unruhiger werden die Anwohner in Rübke und Neuenfelde. Sie befürchten ein Verkehrschaos, wenn die A 26 bis zur Anschlussstelle Neu Wulmstorf freigegeben wird. Zumal voraussichtlich der

dritte Bauabschnitt von Jork bis Neu Wulmstorf noch vor dem vierten Bauabschnitt, der bis zum Anschluss an die Autobahn 7 geht, eröffnet wird.

Nach derzeitiger Planung ist der dritte Bauabschnitt im Jahr 2021 fertig. Erst zwei Jahre später soll die Freigabe des vierten Abschnitts folgen. "Ohne Ortsumfahrung bekommen wir einen Supergau", sagte Uwe Klindtworth, Ortsvorsteher von Rübke. Andreas Bartels, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Dorferhaltung Rübke, erinnert an die massiven Verkehrsprobleme, die die bisherigen Bauabschnitte der A 26 den angrenzenden Ortschaften beschert haben. "Ich möchte, dass man endlich aus den Fehlern wie sie etwa in Dammhausen gemacht wurden lernt", sagt Bartels.

Aktuell soll neuer Schwung in die Sache kommen. Der niedersächsische Verkehrsminister Bernd Althusmann hat sich die A 26 ganz oben auf seine Agenda gesetzt. "Das Projekt steht bei mir persönlich unter besonderer Beobachtung, weil der gesamte Raum Nordniedersachsen einer enormen verkehrlichen Belastung ausgesetzt ist", sagte Althusmann. "Ich möchte die A 26 so schnell wie möglich abschließen und die Belastungen im Hinterland so gering wie möglich halten." Deshalb erneuert er mit Nachdruck das seit 2015 bestehende Angebot des Landes, die Realisierung einer kommunalen Ortsumfahrung von Rübke finanziell zu unterstützen.

Damit das gelingt, muss die Landesstraße 235, auf der die Trasse der Ortsumfahrung verlaufen soll, in eine kommunale Straße herabgestuft werden. Nur so kann die Ortsumfahrung finanziert werden. Das Geld dafür soll aus einem Förderprogramm zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden kommen.

Landesweit sollen daraus 150 Millionen Euro in die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs und in den Ausbau kommunaler Straßen fließen. "Wir erarbeiten dafür gerade einen Gesetzesentwurf und hoffen, dass wir den im Frühjahr verabschieden können", sagte Bernd Althusmann.

Damit wären zunächst einmal die formalen Hürden genommen. Ob die Ortsumfahrung tatsächlich entstehen kann, muss dann erst noch geprüft werden. Die Krux ist: Die Ortsumfahrung muss teilweise über Hamburger Gebiet führen. Daher sollen Vertreter aus dem Niedersächsischen Verkehrsministerium, des Landkreises Harburg und der Verkehrsbehörde in Hamburg die Realisierung einer Entlastungsstraße gemeinsam in einem Arbeitskreis erörtern.

"Eine Ortsumgehung im Grenzgebiet auf den Flächen zweier Bundesländer zu realisieren, ist eine große Herausforderung", sagte Neu Wulmstorfs

Bürgermeister Wolf-Egbert Rosenzweig. "Dass jetzt die Fachplaner gemeinsam darüber reden, ob und wie eine solche Trasse machbar wäre, ist ein Riesenfortschritt." Ziel des Landkreises Harburg sei, innerhalb eines Jahres eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, sagte Bernhard Frosdorfer, Sprecher des Landkreises.

Kommt die zu einem positiven Ergebnis, können Hamburg und Niedersachsen im nächsten Schritt den Planungsprozess in einem Staatsvertrag regeln und rechtlich absichern. "Ich setze aber auf die Einsicht von Hamburg. Denn die gesamte Verkehrssituation in Nordniedersachsen und Hamburg hängt miteinander zusammen. Deshalb denke ich, dass Hamburg und Niedersachsen und mit Blick auf die kommunale Ortsumgehung Rübke insbesondere auch der Landkreis Harburg ein gemeinsames Interesse an der Lösung der Verkehrsprobleme haben", sagte Althusmann.

Doch nicht alle Hamburger befürworten eine solche Entlastungsstraße. Widerstand gibt es etwa aus Neuenfelde. "Möglicherweise käme es zu einer verkehrlichen Entlastung für die Nincoper Straße in Rübke, nicht aber für Neuenfelde. Im Gegenteil", sagte Manfred Hoffmann von der Bürgervertretung Neuenfelde-Francop-Cranz. Auch die so genannte Fluchtstraße (siehe Grafik) sei keine Alternative. "Sie würde den Charakter von Neuenfelde nur zerstören."

Deshalb sind sich die Bürgervertretung Neuenfelde und die Arbeitsgemeinschaft Dorferhaltung Rübke einig: Es muss sowohl für Rübke als auch für Neuenfelde eine verkehrliche Entlastung geben. Ihre Idealvorstellung ist die so genannte Nord-Süd-Verbindung (siehe Grafik) mit Anschluss an die Umfahrung von Finkenwerder, die von der Bürgervertretung schon vor Jahren ins Spiel gebracht wurde. Dafür sprächen der geringere Flächenverbrauch und die größere Entfernung zur Wohnbebauung, so die Initiativen. Doch dass diese Variante realisiert wird, gilt als sehr unwahrscheinlich.

Schwieriger kann die Ausgangssituation also kaum sein. Das weiß auch Verkehrsminister Althusmann. "Es ist eine der harten Nüsse, die wir alle gemeinsam knacken müssen."

Bürger sollen mitreden

Für den Bau der A 26 legt das niedersächsische Verkehrsministerium Wert auf einen transparenten Prozess. Dazu soll der Dialog A 26 fortgeführt werden. Das hat der niedersächsische Minister Bernd Althusmann angekündigt. An dem Dialog waren bisher die Verkehrsbehörden von Niedersachsen und Hamburg

sowie die betroffenen Landkreise und Gemeinden beteiligt. Auch die Bürgerinitiativen wurden einbezogen.

Diesen engen Diskurs mit den Betroffenen möchte Althusmann jetzt fortsetzen und zudem Vorschläge von Bürgern zur Steuerung einer erträglichen Verkehrsbelastung im Zuge des Baus der A 26 aufgreifen.

(*bwil*)

© Hamburger Abendblatt 2018 – Alle Rechte vorbehalten.

LINKS ZUM ARTIKEL

[Die erste Rund-um-die-Uhr-Baustelle an der A 7?](#)

[Volksbank plant Kreativhaus für die Kreisstadt](#)

[Musikalische Überraschungen](#)